Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Senewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle. — Redaktion: Halle, Große Brauhausstraße 17, Fernsprecher Nr. [illegible]. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 25. **Halle, Donnerstag, den 30. Januar 1919.** **3. Jahrgang.**

Schaffung eines neuen Arbeitskammergesetzes.

Berlin, 30. Jan. Wie verschiedene Blätter melden, plant die Reichsregierung die Schaffung eines neuen Arbeitskammergesetzes. Sie habe die zuständigen Minister der Einzelstaaten deshalb zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen.

Um unsere Kolonien.

Paris. Das japanische Kabinett hat sich mit dem von dem früheren Premierminister Marquis Okuma formulierten Friedensprogramm einverstanden erklärt, das neun Punkte umfaßt. Danach würde das Schicksal von Samoa im Einverständnis mit England und den Vereinigten Staaten in der Weise geregelt werden, daß es keine deutsche Basis mehr im Stillen Ozean abgeben dürfe. Neu-Guinea wird Australien zugesprochen. Die Marschall-, Karolinen- und Ladronen-Inseln würden der Kontrolle Japans unterstellt werden. Tsingtau, der Hafen von Kiautschau, die Südseemeereinge, sowie die Eisenbahn von Tinan fallen Japan zu. Hinsichtlich der Ordnung von Sibirien würde sich bei Zugeständnissen Japan mit den Alliierten ins Einvernehmen setzen. Keine Macht dürfe aber in diesem Gebiete Wünsche auf Vorherrschaft haben. Punkt 9 fordert hauptsächlich die Beibehaltung der Politik der offenen Tür in China.

Havas meldet aus Paris: Zwischen London und Washington wurde über die deutschen Kolonien ein Abkommen getroffen, wonach die Hälfte derselben neutralisiert werde.

Frankreich für weitere Blockade.

Bern, 27. Januar. Eine Pariser Konferenz der Vorsitzenden der französischen Handelskammern, der auch die elsaß-lothringischen Handelskammerpräsidenten beiwohnten, nahm einstimmig eine Entschließung an, daß Frankreich die Handelsfreiheit wieder einführe, jedoch dabei die Aufrechterhaltung der Blockade berücksichtigen solle.

Deutscher Entwurf über internationalen Arbeiterschutz.

Zu den von der Vorfriedenskonferenz der Alliierten gefaßten Beschlüssen über internationale Abmachungen zur Förderung der sozialen Gesetzgebung ist zu bemerken, daß auch die deutsche Regierung in Verfolg der schon vom Prinzen Max von Baden am 5. Oktober 1918 erteilten Zusage sich eingehend mit diesem Gegenstand beschäftigt und einen ausführlichen Entwurf vollkommen fertiggestellt hat, der jetzt den Regierungen der deutschen Freistaaten vorliegt und in kurzer Frist veröffentlicht werden soll.

Einziehung der schlechtbewirtschafteten Güter und der Güter der Kriegsgewinnler.

Nach Mitteilung des Direktors der Landwirtschaftskammer in Halle steht die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfes über Landsiedelung bevor, wonach der Großgrundbesitz 10 Prozent seiner Fläche abtreten müsse. Ferner würden die Güter eingezogen, die von Kriegsgewinnlern gekauft seien, ebenso die in den letzten 20 Jahren mehrfach von den Besitzern gewechselten Güter, ferner die schlechtbewirtschafteten und weiterhin diejenigen, deren Besitzer nicht selbst wirtschaften. Schließlich die aus Bauerngütern zusammengekauften Güter.

Zentralrat und Sozialisierungskommission.

Berlin, 30. Januar. Die Mitglieder der Reichsregierung besprachen gestern eine Reihe von Fragen, die zur technischen Vorbereitung der Nationalversammlung in Weimar gehören. Der Zentralrat nahm gestern den Bericht der Sozialisierungs-Kommission entgegen. Laut „L.-A." wird er sich heute mit dem Entwurf der provisorischen Verfassung beschäftigen.

Weiteramtieren der württembergischen Revolutionsregierung.

Stuttgart, 30. Januar. Die verfassunggebende Landesversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 102 gegen 24 Stimmen den Antrag der deutschen Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokratie angenommen, worin die provisorische Regierung, die ihre Aemter zur Verfügung gestellt hatte, beauftragt wird, die Geschäfte weiter zu führen.

Finanzbesprechungen in der Schweiz.

Berlin, 30. Januar. Wie das „B. T." hört, sei Unterstaatssekretär Bernstein aus dem Reichsschatzamt zur Besprechung von Finanzfragen gestern abend nach der Schweiz gereist.

Eine selbständige irische Republik?

Die von Sinnfeinern einberufene irische Nationalversammlung beschloß die Errichtung einer selbständigen Republik Irland und fordert die Räumung der Insel von englischen Truppen. Die Verlesung der Unabhängigkeitserklärung wurde von der Versammlung stehend angehört.

Die Bedeutung der Kommunalwahlen.

Nach den Reichs- und Staatsparlamenten werden nun auch in kürzester Zeit die Gemeindevertretungen auf demokratischer Grundlage erneuert werden. Die Preußische Regierung hat bekanntlich die Vornahme dieser Wahlen bis zum 2. März angeordnet, und die anderen Bundesstaaten werden hinter diesem Fortschritt in der Demokratie nicht lange zurückbleiben können.

So beginnt sich das Zukunftsbild der deutschen Demokratie deutlicher abzuzeichnen. Im Reich eine Regierung, die sich auf das Vertrauen der allgemeiner Volksvertreter stützt. Im Staat Einzel-Regierungen, die zum Landesparlament in gleichem Verhältnis stehen, in den Gemeinden von der allergrößten bis zur allerkleinsten kommunale Volksvertretungen, die von allen Ortseinwohnern mit gleichem Recht gewählt sind, Bürgermeister, Ortsvorsteher, Magistrate, die sich auf das Vertrauen dieser Kommunaldemokratien stützen. Kommen noch in Preußen die gleichfalls zu demokratisierenden Provinzialverwaltungen dazu, so ist das Netz der demokratischen Reichs-, Staats- und Lokalverwaltung geschlossen, der ganze Staatskörper von unten bis oben nach dem neuen Prinzip aufgebaut.

Die Demokratie ist der Weg zum Sozialismus. Nirgends zeigt sich das deutlicher, als auf kommunalem Gebiet. Eine kommunal-sozialistische Maßnahme, die nur von einer Minderheit verstanden, von der Mehrheit der Bevölkerung schroff abgelehnt wird, wird kein Verständiger durchzuführen versuchen. Denn ohne die willige Mithilfe der Bevölkerung läßt sich nichts machen, und der Versuch müßte elend scheitern. Wenn aber, wie das in den meisten großen Kommunen Deutschlands der Fall ist, die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Boden sozialistischer Ueberzeugung steht, dann ist die Demokratie der Schlüssel, der der bisher gewaltsam zurückgehaltenen Mehrheit den Weg zu freier Willensbetätigung öffnet. Ehe das Frühjahr kommt, werden die meisten großen Gemeinden Deutschlands und viele kleinere und kleine unter sozialdemokratischer Herrschaft stehen.

Wenn es da Leute gibt, die klagen, mit der Sozialisierung gehe es nicht recht vorwärts und Deutschland sei in Gefahr, eine bürgerliche Gelsackrepublik zu werden, so sehen sie den Wald vor lauter Bäumen nicht. Ganz abgesehen davon, daß in Reich und Staat Sozialisierungen in verschiedenster Form schon ganz von selbst aus finanzieller Notwendigkeit, kommen werden, so wird es in den Kommunen soviel Sozialisierungsarbeit geben, daß der Bedarf für einige Zeit gedeckt sein dürfte. Es ist freilich etwas anders, große Redensarten über Sozialisierung zu machen als praktisch an ihr zu arbeiten.

Die bevorstehenden Kommunalwahlen erinnern aber erst recht daran, wie ungeheuer viel praktische Arbeit von der sozialistischen Arbeiterschaft aller Orten zu leisten ist. Eine Arbeit, die eine Unzahl sozialistisch geschulter, fähiger und in Verwaltungsangelegenheiten eingermaßen erfahrener Kräfte erfordert. Die sozialdemokratische Partei muß ihren letzten brauchbaren Mann heranholen, um den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden, und wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß vielen von ihnen, und gerade nicht den schlechtesten, angesichts der auf sie gehäuften Verantwortungen das Herz mitunter schwer wird. Nur Leute, die von den Dingen keine Ahnung haben, oder sich sonst einbilden, es müsse sich nur an den Schreibtisch setzen, von dem aus bisher regiert worden ist, um selber regieren zu können.

Der notwendige enge Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialismus wird auf kommunalem Gebiet noch in anderer Weise klar. Von allen öffentlichen Angelegenheiten sind die Kommunalen die nächstliegenden, am besten übersehbaren, und der Mann von der Straße, der Reichs- und Staatsangelegenheiten oft nur von der Ferne sieht, sieht Erfolge und Mißerfolge der Kommunalverwaltung unmittelbar vor sich und bildet sich über sie rasch ein festes Urteil. Darum wird das Wirken des Gemeindesozialismus eine Art Generalprobe für den Reichs- und Staatssozialismus bilden. Von der Tätigkeit und den Erfolgen unserer Gemeindeverwaltung wird es in hohem Grade abhängen, welche Stimmenzahl wir bei künftigen Reichs- und Landeswahlen mustern werden.

Darum kann bei der bevorstehenden Neuwahl der Gemeindevertretungen gar nicht sorgfältig genug verfahren werden. Wenn es uns gelingt, in möglichst zahlreichen Gemeinden die Herrschaft zu erringen, wenn wir dort durch Anwendung unserer Grundsätze auf die kommunale Gemeinwirtschaft praktische Erfolge erzielen und für sie die Anerkennung der Bevölkerung gewinnen, so haben wir damit für die sozialistische Republik mehr getan als durch ein Herumreiten auf Schlagworten oder gar durch Begünstigung naiver Putschereien, die das Werden der sozialistischen Republik **befördern sollen.** Die sozialistische Republik braucht zu ihrem Werden keine neue Bluttaat. Der Pflug der Demokratie öffnet ihr die Furchen, der wir das Saatgut unserer Ideen, unserer praktischen Vorschläge zur Förderung des Ganzen anvertrauen können. **Und wie wir säen, werden wir auch ernten.**

Der Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Wahl des Reichspräsidenten durch die Nationalversammlung.

Berlin, 29. Januar. Um den Indiskretionen, die auf unkontrollierbarem Wege während der letzten Tage in die Presse gelangt sind, ein Ende zu machen, veröffentlicht die Reichsregierung heute den Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Dieser Entwurf ist aus den Beratungen der bundesstaatlichen Kommission hervorgegangen und hat in einer sehr langen Beratung des Kabinetts am Dienstag einige Aenderungen erfahren. Der Zentralrat, der ebenso wie die Reichsregierung erhebliche Bedenken hat, wird ihn heute nochmals beraten und dann erst endgültig Stellung nehmen. Am Donnerstag soll er den bundesstaatlichen Vertretern wegen der vorgenommenen Aenderungen nochmals vorgelegt werden. Der Entwurf lautet:

§ 1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sämtliche dringenden Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf, unbeschadet Absatz 4, der Zustimmung des Staatenausschusses.

In dem Staatenausschuß hat jeder deutsche Freistaat mindestens eine Stimme. Auf große Freistaaten entfällt grundsätzlich bei einer Million Landesangehörigen eine Stimme, wobei der Ueberschuß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleich kommt, einer Million gleich gerechnet wird. Demgemäß sind im Staatenausschuß vertreten: Preußen mit 19, Bayern mit 7, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit 2 Stimmen, die übrigen Bundesstaaten mit je einer Stimme. Den Vorsitz im Staatenausschuß führt ein Mitglied der Reichsregierung.

Wenn Deutschösterreich sich dem Deutschen Reiche anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme im Staatenausschuß mit einer durch Reichsgesetz festzusetzenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatenausschuß nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatenausschusses können an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilnehmen und jederzeit das Wort ergreifen, um die Ansichten ihrer Regierung zu vertreten.

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Der Gebietsbestand eines Freistaates kann jedoch nur mit seiner Zustimmung geändert werden. Im übrigen kommt ein Gesetz durch Uebereinstimmung zwischen Nationalversammlung und Staatenausschuß zustande. Ist ein solches Uebereinkommen nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch Volksabstimmung herbeizuführen.

§ 5. Auf die Nationalversammlung finden Artikel 21 bis 23 und 28 bis 33 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.

§ 6. Die Geschäfte des Reiches werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschlüsse erfolgen durch Reichsgesetz.

Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbund mit dem Ziele des Anschlusses aller geheimen Verträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den in dem Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß der Paragraphen 1 bis 4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im Reichsgesetzblatt zu verkünden.

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.

Sein Amt dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, den sämtliche Reichsbehörden und die Oberste Heeresleitung unterstellt sind.

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 9. Alle amtlichen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit die Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Die Reichsministers sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190130-18/fragment/page=0001

Der Völkerbund.

Die Friedenskonferenz, welche die Ententevertreter zunächst unter sich abhalten, beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Gedanken des Völkerbundes. Dazu lag eine Entschließung vor, die folgenden Wortlaut hat:

Die Friedenskonferenz hat nach der Erwägung Vorschläge für die Schaffung des Völkerbundes beschlossen:

1. Es ist für die Aufrechterhaltung der Neuordnung der Welt, zu welcher die assoziierten Nationen jetzt zusammentreten, wesentlich, daß der Völkerbund geschaffen wird, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern, die Erfüllung angenommener internationaler Verpflichtungen zu sichern und Sicherungen gegen den Krieg vorzusehen;

2. der Völkerbund soll als Hauptbestandteil in den allgemeinen Friedensvertrag aufgenommen werden; er soll jeder zivilisierten Nation offenstehen, welche Gewähr dafür bietet, daß sie seine Ziele fördert;

3. die Mitglieder des Völkerbundes sollen regelmäßig in internationalen Konferenzen zusammentreten und eine ständige Organisation und ein Sekretariat unterhalten, um die Angelegenheit des Bundes in den Zeiten zwischen den Konferenzen zu führen. Die Konferenz bestimmt daher ein Komitee von Vertretern der assoziierten Regierungen, um die Einzelheiten der Ausgestaltung und der Obliegenheiten des Bundes auszuarbeiten.

Präsident Wilson hielt an die Konferenz eine Ansprache, in der er den Plan des Völkerbundes näher begründete. Er ging von dem Gedanken aus, daß es nicht genüge, jetzt den Krieg durch einen Friedensvertrag zu beenden. Vielmehr müssen Einrichtungen getroffen werden, die den Frieden auch für die Zukunft sichern. Er sagte u. a.: „Die auserwählten Klassen sind nicht mehr die Herrscher der Menschheit, das Schicksal der Menschheit liegt jetzt in der ganzen Welt in der Hand des einfachen Mannes, ihm Genüge tun, heißt nicht nur das Vertrauen, das man in uns gesetzt hat, rechtfertigen, sondern auch den Frieden zu errichten. Wenn man ihnen nicht Genüge tut, wird keine Abmachung, die man trifft, den Frieden der Welt begründen oder festigen."

Dann fuhr Wilson fort: „Sie können sich die Gefühle und Absichten der Vertreter der Vereinigten Staaten, mit denen Sie diesen großen Plan für den Völkerbund unterstützen, vorstellen. Wir betrachten ihn als den Grundstein des ganzen Programms, in dem unsere Absichten, unser Ideal in diesem Kriege zum Ausdruck gelangen, und als etwas, was die assoziierten Nationen als Grundlage für die Regelungen angenommen haben. Wenn wir nach den Vereinigten Staaten zurückkehren würden, ohne alles, was in unserer Macht liegt, aufgeboten zu haben, um dieses Programm zu verwirklichen, so würden wir uns den wohlverdienten Zorn unserer Mitbürger zuziehen, denn sie bilden eine große demokratische Gemeinde, sie erwarten, daß ihre Führer ihre Gedanken aussprechen und nicht ihre eigenen Privatziele verfolgen, sie erwarten, daß ihre Vertreter ihre Diener sind. Wir haben keine andere Wahl, als ihrem Auftrag zu gehorchen. In diesem Grundsatz, daß wir nicht die Herren irgendeines Volkes sind, müssen wir darauf sehen, daß jedes Volk der Welt seine eigenen Herren wählen und sein eigenes Schicksal bestimmen soll, nicht wie wir es wünschen, sondern wie es selbst wünscht. Wir sind, kurz gesagt, zu dem Zwecke hier, darauf zu halten, daß auch mit den Grundlagen dieses Krieges aufgeräumt wird, jenen Grundlagen, die von kleinen Koterien von Herrschern und Militärkasten gelegt worden sind, den Grundlagen des Angriffs großer Mächte auf kleine, des Zusammenhaltens von Reichen mit widerstrebenden Untertanen durch den Zwang der Waffen, durch die Macht kleiner Körperschaften, die Menschen dazu zwingt, ihren Willen auszuführen und sich der Menschen bedient, als ob sie Figuren in einem Spiele wären. Nichts Geringeres als die Befreiung der Welt von diesen Dingen wird den Frieden herbeiführen."

Nach Wilson sprach Lloyd George und betonte, daß das britische Volk mit Begeisterung hinter diesen Vorschlägen stehe, und der englische Premierminister schloß: „Es ist wahrlich Zeit, daß wir eine andere Methode für die Beilegung von Streitigkeiten finden, als diese organisierte Schlächterei. Ich weiß nicht, ob wir bei unserem Unternehmen Erfolg haben werden, aber es bedeutet schon einen Erfolg, daß wir es unternommen haben."

Auch Orlando und Bourgeois unterstützten die Resolution, ebenso der chinesische Delegierte. Der polnische Delegierte Roman Dmowski sagte, die Polen seien dafür besonders begeistert.

Die Friedenskonferenz hat zum Schluß alle Entschließungen unverändert angenommen, auch die oben zitierte über den Völkerbund.

Clémenceau hat zwar während des Krieges wiederholt gesagt, er werde niemals einem Völkerbund zustimmen, dem Deutschland angehöre, aber er hat doch in der entscheidenden Sitzung der Friedenskonferenz geschwiegen und es Lloyd George überlassen, die allgemeine Zustimmung zu Wilsons Gedanken kundzutun.

Die Sozialdemokratie wird mit Freuden den Satz Lloyd Georges unterschreiben, daß es wahrlich an der Zeit ist, die Völkerstreitigkeiten auf eine andere Weise beizulegen, als durch die organisierte Schlächterei des modernen Krieges. Keine Regierung wird gewiß freudiger und rückhaltloser das Streben unterstützen, den Völkerbund zu einem Horte der Gerechtigkeit und des Völkerfriedens auszugestalten, als gerade die sozialistische Regierung der jungen deutschen Volksrepublik. In ihrem Auftrag hat der neue Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau jüngst zu den Vertretern der deutschen Presse gesagt, unser ganzes Streben gelte einer Politik der Versöhnung, die den echten, von edlem Atem durchdrungenen Bund der Nationen bringe; die sittlichen Kräfte in allen Ländern dürften nach einem Neuaufbau der Ordnung zwischen den Staaten und fühlen sich in dem Verlangen nach der Schaffung einer einigen großen Völkerfamilie der Zustimmung der edelsten Geister in der ganzen Welt sicher.

*

Die getrübte Stimmung in Paris.

Daily Mail meldet in ihrer Pariser Ausgabe: Die Stimmung auf der Konferenz der Alliierten ist getrübt, das Prestige der Großmächte hat gelitten, die kleinen Mächte hegen Befürchtungen über die Zustände in ihren Ländern, wenn die Verhandlungen so weitergehen wie bisher. Man fürchtet sich vor Arbeiterunruhen. Der Bolschewismus wäre nur ein Vorgeschmack dessen, was kommt, wenn die Konferenz ihre Aufgaben nicht erfüllt. Der Sieg der Alliierten steht in Frage. Für die, die diesen Sieg durch Wort oder Tat in Frage stellen, darf es keine Gnade geben.

Hierzu bemerken die P. P. N.: Wenn die Konferenz in schnellster Weise ihre Aufgabe erledigen will, so kann sie es, indem sie sich einstimmig auf den Boden der 14 Thesen Wilsons stellt. Vielleicht aber erwartet Lord Northcliffe von der Beschleunigung der Verhandlungen nur, daß dadurch die Widersprüche zwischen seinen imperialistischen Forderungen und dem humanen Bestreben des Präsidenten Wilson so verdunkelt werden, daß am Schluß nur die imperialistischen Forderungen übrig bleiben.

Tagesgeschichte.

Vom Wahlausfall in Preußen; kein Rückgang der Sozialdemokratie.

Die bürgerliche Presse schreibt unentwegt, die Sozialdemokratie habe bei den Preußenwahlen einen Rückschlag erlitten. Nach dem Berliner Tageblatt teilen sich Unabhängige und Demokraten in die Ehren dieser Wahlschlacht. In Wahrheit gibt auch das Verhältniswahlrecht allerlei Zufälligkeiten in der Mandatsverteilung Raum. Soweit bisher die Stimmenzahlen vorliegen, bezweifeln wir nachdrücklich, daß die Sozialdemokratie auch nur um einen Bruchteil weniger Stimmen erhalten hat als die 37 Proz., die ihr bei der Nationalversammlung zugefallen sind.

Einstweilen liegt uns das vorläufige amtliche Ergebnis aus 15 der 23 Wahlbezirke vor. Es fehlen im Osten Westpreußen, Pommern, Posen und Breslau, im Westen die teilweise besetzten Gebiete von Köln—Aachen, Coblenz—Trier—Düsseldorf—Elberfeld und Düsseldorf-West; für die übrigen 15 Bezirke läßt sich folgender Vergleich anstellen: Wir erhielten in Ostpreußen diesmal 10 Mandate von 21, vor acht Tagen 7 Mandate von 14. In Berlin jetzt 8 von 21, zur Nationalversammlung 5 von 14; in Brandenburg diesmal 6 von 15, am 19. Januar 5 von 10; in Teltow-Beeskow diesmal 6 von 13 gegen 3 von 9. In Oppeln 7 von 22 gegen 5 von 15; in Liegnitz und Frankfurt a. O. die Hälfte der Mandate wie beim vorigenmal. In Magdeburg diesmal 7 von 12 gegen 7 von 11 bei den Wahlen zur Nationalversammlung. In Merseburg-Erfurt diesmal 2, bei der Nationalversammlung 1; in Schleswig-Holstein 8 von 16, am 19. Januar 5 von 11; in Osnabrück-Stede diesmal 4 von 11, das vorigemal 2 von 7; in Hannover-Hildesheim jetzt 9 von 19, bei der Nationalversammlung 7 von 16. In Münster-Minden 8 und 16, bei der Nationalversammlung 4 von 13; in Arnsberg 9 von 23, bei der Nationalversammlung 7 von 16; in Hessen-Nassau 10 von 22, bei der Nationalversammlung 7 von 15.

Eine Zusammenrechnung verbietet sich, weil die Wahlkreise nicht ganz genau die gleichen sind wie bei der Nationalversammlung. Aber soviel zeigt schon dieser Vergleich, daß die Sozialdemokratie von den 401 Abgeordneten des Landtages 150 bis 160 stellen wird, genau wie sie von den 421 Abgeordneten der Nationalversammlung sehr frühzeitig auf 160 bis 170 geschätzt werden konnte. Erst die genaue Feststellung der endgültigen Stimmenzahl wird zeigen, ob bei der geringeren Wahlbeteiligung unsere Partei ein wenig stärker betroffen war, als die anderen Parteien. Einstweilen ist nur sicher, daß, wenn ein Minderergebnis vorliegen sollte, was wir noch nicht glauben, es jedenfalls so hältnismäßig so minimal ist, daß es auf den Wahlausgang keinerlei Einfluß zu gewinnen vermochte.

*

Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen sind **142 Mehrheitssozialisten, 24 Unabhängige, 61 Demokraten, 87 Zentrum, 41 Deutschnationale, 18 Deutsche Volkspartei, 1 schleswig-holsteinischer Bauern-Demokrat, 6 Welfen.**

Kaisers Geburtstagsfeier.

Verschämt oder unverschämt haben die Blätter der Reaktion am 27. Januar den 60. Geburtstag Wilhelms des Letzten gefeiert. Der Ton des reaktionären Bekenntnisses ist je nach der Art verschieden, die das reaktionäre Organ im Chor der Konterrevolutino vertritt. Die Kreuzzeitung wird elegisch und feiert „Gedenktag", um zum Schluß frech zu werden: „Der Eidbruch bäßt sich, die Unzulänglichkeit regiert, Fahnenflüchtige werden belohnt, die Geschäftemacher schwenken zu dieser Front ein." Die Deutsche Tageszeitung will so freundlich sein, sich wenigstens nicht an die Person dieses Monarchen zu klammern, und die Post erfindet eine besondere Minderwertigkeit des deutschen Volkes, um zu beweisen, daß Deutschland die Monarchie brauche. Andere Länder hätten zwar auch mit republikanischen Heeren Siege erfochten, und in anderen Ländern mit republikanischer Staatsverfassung sei das Staatsbewußtsein stark und die Ordnung fest, aber die Deutschen hätten einmal so wenig nationales Selbstbewußtsein und Vaterlandsliebe, daß sie ohne die Idee des Kaisertums nicht weiterwirtschaften könnten. Ob es nicht gerade an der „Idee des Kaisertums" lag, daß das Nationalgefühl in Deutschland schwächer war als bei den Völkern die auf ihre Freiheit stolz sein konnten?!

Es lohnt nicht, den krausen Gedankengängen der paar Monarchisten nachzugehen, die sich jetzt einbilden, daß die Angst des Bürgertums vor dem Bolschewismus ihnen eine genisse Chance böte. Auch die Kaisergeburtstagsartikel beweisen nur, daß die monarchische Konterrevolution in Deutschland noch ohne jeden Boden ist, und das deutsche Volk wird durch Ordnung und Freiheitssinn dafür sorgen, daß ihm die Errungenschaft der Republik nie wieder geraubt wird. Weder unangebrachtes sentimentales Mitleid mit dem einst so übermütigen gestürzten Kaiser, noch hämische Angriffe auf den Volksstaat werden das republikanische Regiment in Deutschland erschüttern.

Lenin hebt die Nationalisierung des Bodens auf.

Die P. P. N. erfahren über Schweden, daß der russische Kommunismus von der Nationalisierung des Bodens meilenweit entfernt ist, die a's mißlungen betrachtet werden kann. Lenin hat auch schon eine Verfügung erlassen, durch welche die Nationalisierung aufgehoben wird, da sich eine gleichmäßige Aufteilung des Bodens als unmöglich erwiesen hat. Das Land wird jetzt tatsächlich in Stückchen von den verschiedensten Ausmaßen mit Gewalt festgestellen, wobei die stärksten und rücksichtslosesten Gruppen die besten oder weitesten Landstrecken in Besitz haben. Man glaubt, daß auch der Versuch, die Industrien zu sozialisieren, mißlungen ist. Es ist bekannt, daß die Bolschewisten sich jetzt alle Mühe geben, die Fabrikbesitzer und Ingenieure wieder einzustellen, die von ihren eigenen Leuten unter vollständiger Verkennung aller wirtschaftlichen Bedingtheiten vertrieben wurden. Gute Kenner der russischen Verhältnisse glauben, daß Rußland schnell einer liberalen und teilweise individualistischen Form des sozialen Lebens entgegengehe, wie sie in den westlichen Ländern besteht. Denn, wie ein französischer Beobachter sagt, die Revolution kann politische Systeme in rohem Entwurf hervorbringen, aber sie kann wirtschaftliche Gesetze ändern, so wenig wie sie den Lauf der Sterne ändern kann.

Dringendste Gefahr.

Die deutsche Arbeiterschaft macht im Augenblick eine überaus gefährliche Krise durch. Sie gleicht einem Kranken, der recht gut das Wesen seiner Krankheit begreift, aber nicht die Energie hat, den Verführten des Arztes zu folgen. Es ist mit ihr, wie mit dem berühmten Patienten, dem der Alkohol genuß untersagt werden muß, der auch einsieht, daß dies in der

---

Die Geschichte zweier Städte.

(2) Roman von Charles Dickens.

Zweites Kapitel.

Die Poststube.

Die Straße nach Dover war es, die in einer Freitagsnacht spät im November vor der ersten der Personen lag, mit denen diese Geschichte zu tun hat. Die Straße nach Dover lag für diesen Mann vor der Dover-Poststube, wie sie Shooters Hill hinaufrumpelte. Er ging wie die übrigen Passagiere bergab in den Straßenschlamm, neben der Poststube her; nicht, weil sie die mindeste Lust dazu für Spaziergehen unter diesen Umständen hatten, sondern weil der Hügel so steil, der Schmutz so tief und das Geschirr und die Kutsche so schwer waren, daß die Pferde schon dreimal stecken geblieben waren und einmal den Wagen ganz über die Straße gezogen hatten in der meuterischen Absicht, nach Blackheath umzukehren. Zügel und Peitsche und Kutscher und Kondukteur hatten jedoch im Verein den Kriegsartikel verlesen, der eine Handlung verbot, die jonst sehr zugunsten der Behauptung wirkt, daß einige Tiere mit Vernunft ausgestattet sind; und das Gespann hatte kapituliert und war zu seiner Pflicht zurückgekehrt.

Mit gesenkten Köpfen und zitternden Schweifen wateten sie durch den dicken Schlamm und stolperten und wankten zuweilen, als ob sie in den gröberen Gelenken in Stücke gehen wollten. So oft ihnen der Kutscher eine kurze Rast gestattete und sie mit einem beruhigenden Brr! So, so! anhielt, schüttelte das Handpferd von den beiden Stangenpferden heftig den Kopf mit allem, was darumhing — als ein ungewöhnlich leidenschaftliches Pferd entschieden seine Meinung aussprechend, daß die Kutsche gar nicht den Berg hinaufgebracht werden könnte. So oft sich das Stangenpferd auf diese Art klarwerdend schüttelte, fuhr der Passagier zusammen, wie es einem nervenschwachen Passagier wohl geschehen mag und zeigte sich in sein Gemüte besorgt.

Ein dampfender Nebel lag in allen Tiefen, und er war in seiner Verlassenheit den Hügel hinauf gewandert, wie ein böser Geist, der Ruhe sucht und keine findet. Feucht und kalt kam er durch die Luft langsam in kräuselnden Streifen herangezogen, die sichtbar einander folgten und übereinander stürzten, wie die Wellen eines ungesunden Meeres. Er war dick genug, um alles, außer seinem eigenen Wirbel und ein paar Ellen von der Straße, von dem Lichte der Kutschenlaternen abzusperren; und der Dunst von den sich abarbeitenden Pferden dampfte, als ob der Nebel erst daraus entstanden wäre.

Zwei andere Passagiere außer dem einen ersteigen neben der Poststube mühsam den Hügel. Alle drei waren bis an die Ohren und über die Ohren eingewickelt und trugen hohe Reitstiefel. Keiner von den dreien hätte nach dem, was er sah, behaupten können, wie die beiden andern aussahen, und jeder war unter soft so vielen Verhüllungen vor den Augen des Geistes wie vor den Augen des Körpers seiner beiden Gefährten versteckt. In jenen Tagen lüfteten sich die Reisenden gar sehr, nach kurzer Bekanntschaft einander Vertrauen zu schenken, denn jeder, den man auf der Straße traf, konnte ein Räuber oder im Bunde mit Räubern sein. Was das letztere betrifft, so war es das Allerwahrscheinlichste zu einer Zeit, wo jede Postkutsche und jede Schenke jemand aufweisen konnte, der in des Kapitäns Sold stand; und diese Stufenleiter des Vertrauens ging vom Wirt herunter bis zum niedrigsten Stalljungen. So dachte der Kondukteur der Dover Postkutsche bei sich selbst in jener Freitagnacht im November 1775, wie er auf seinem ihm angewiesenen Posten hinten auf der Kutsche stand, in der eine geladene Donnerbüchse über sechs oder acht geladenen Reiterpistolen und einigen Säbeln lag.

Die Dover-Postkutsche war in ihrer gewöhnlichen gemütlichen Stimmung, wo der Kondukteur den Passagieren mißtraute, die Passagiere voneinander und von dem Kondukteur Arges dachten, alle auf die übrigen einen Argwohn geworfen hatten und der Kutscher nur seiner Pferde sicher war, auf die er mit reinem Gewissen auf beide Testamente hätte schwören können, daß sie für die Reise nicht geeignet waren.

„Brr!" sagte der Kutscher. „Brr! noch einmal ins Geschirr gelegt und ihr seid oben, und dann sollt ihr verdammt sein, denn es hat mir Mühe gekostet, euch soweit zu bringen! — Joe!"

„Heda", erwiderte der Kondukteur.

„Welche Zeit mag's wohl sein, Joe?"

„Gute zehn Minuten vor elf."

„Teufel!" rief ärgerlich der Kutscher aus, „und noch nicht auf der Höhe! Vorwärts!"

Das leidenschaftliche Pferd, von der Peitsche in einer höchst entschiedenen Verneinung unterstochen, legte sich ins Geschirr, und die drei andern Pferde folgten. Noch einmal rumpelte die Dover-Kutsche fort, und die hohen Reitstiefel der Passagiere wateten neben ihr her. Sie waren stehen geblieben, wie die Kutsche stehen blieb, und hielten sich dicht beieinander. Wenn einer von den dreien keck genug gewesen wäre, einem andern vorzuschlagen, im Nebel und in der Nacht ein wenig vorauszugehen, hätte er sich der nicht unwahrscheinlichen Gefahr ausgesetzt, auf der Stelle als Straßenräuber niedergeschossen zu werden.

Die letzte Anstrengung brachte die Postkutsche bis auf die Höhe. Die Pferde machten halt, um zu verschnaufen, und der Kondukteur stieg ab um das Rad für die Hinabfahrt zu hemmen, den Kutschenschlag aufzumachen und die Passagiere einsteigen zu lassen.

„Heda, Joe! Horch, Joe!" rief der Kutscher warmend vom Bock herunter.

„Was meint Ihr, Tom?"

Sie lauschten beide.

„Ein Reiter kommt im Galopp uns nach, Joe."

„'s ist ein Reiter in gestrecktem Galopp, Tom," gab der Kondukteur zurück, indem er die Kutschentür losriß und rasch auf seinen Platz kletterte. „Ihr Herren! In des Königs Namen, alle für einen!"

Nach dieser eiligen, aber eindringlichen Aufforderung spannte er den Hahn seiner Donnerbüchse und stand kampfbereit da.

Der für diese Geschichte eingeschriebene Passagier stand auf dem Kutschentritt, im Einsteigen begriffen; die beiden andern Passagiere waren dicht hinter ihm, um ihm zu folgen. Er blieb halb in der Kutsche und halb außerhalb derselben auf seinem Platze; die andern blieben auf der Straße unter ihm stehen. Sie alle laben abwechselnd den Kutscher und den Kondukteur an und horchten.

Der Kutscher sah zurück und der Kondukteur sah zurück, und selbst das leidenschaftliche Handpferd spitzte die Ohren und sah zurück, ohne zu widersprechen.

Das durch das Aufhören des Rumpelns und Polterns der Kutsche eintretende Schweigen, verkündete mit dem Schweigen der Nacht, machte es wirklich still. Das Keuchen der Pferde teilte der Kutsche eine zitternde Bewegung mit, als ob sie sich in einem Zustande der Aufregung befände. Die Herzen der Passagiere schlugen laut genug, um gehört zu werden: aber jedenfalls sprach die Ruhepause Hörbar von Leuten außer Atem und Leuten, die den Atem anhalten und deren Blut vor Erwartung rascher pulsiert.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190130-18/fragment/page=0002

Ordnung ist, der aber trotzdem nicht von seinem Bier läßt, wenn es doch gar zu gut schmeckt. Wenn der Arzt energisch wird, so rettet er, zum Hause herausgeworfen zu werden.

Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, durch die sich die Arbeiterschaft vor einer in ihren Folgen unübersehbaren Katastrophe retten kann, und sie besteht darin, daß sich ein erheblicher Teil der Arbeiter entschließt, in die Kohlendistrikte und auf das platte Land abzuwandern, um dort Arbeit zu suchen.

Theoretisch sieht jeder Arbeiter ein, daß nur eine starke Vermehrung der ländlichen Arbeitskräfte die Ernteverhältnisse für das nächste Jahr bessern und Deutschland vor einer Hungerskatastrophe retten kann. Der Kinderglaube, als ob auf dem Lande alles von selber wachse, sollte durch vierjährige Kriegserfahrung endgültig zerstört sein. Auf eine erhebliche Nahrungsmittelzufuhr aus dem Auslande kann nur der Leichtsinn rechnen. Also Arbeitskräfte hinaus aufs Land, oder wir verhungern! Das sieht jeder ein, nur fragt sich leider jeder, warum er gerade derjenige sein soll, der aufs Land hinaus geht, und nicht ein anderer.

Genau dasselbe ist mit dem Bergbau der Fall. Millionen, die auf Arbeitsgelegenheit warten, können diese nicht erhalten, bevor der Bergbau nicht soviel Kohlen schafft, daß die verarbeitenden Industrien wieder in Gang gesetzt werden können. Hier wie in der Landwirtschaft ist der Arbeitermangel ungeheuer, aber trotz der enormen Arbeitslosigkeit in den großen Industriezentren ist vorläufig kaum eine Milderung des Zustandes zu spüren.

Die Arbeiterschaft steht vor einer ungeheuren Entscheidung. Gelingt es ihr nicht, aus eigener Kraft die Kluft zwischen Arbeitermangel hier, Arbeitslosigkeit dort auszugleichen, so wird nicht nur sie selber die wirtschaftlichen Folgen der alsdann einreißenden völligen Desorganisation tragen, sondern die wirtschaftliche Katastrophe wird auch das Ende ihrer politischen Herrschaft bedeuten. Vielleicht hat nichts so dazu beigetragen, die Spartakusbewegung zu diskreditieren, wie der Umstand, daß die „Rote Fahne" die Streiks der oberschlesischen Bergarbeiter verherrlichte und pries. Die Arbeiterschaft hat es abgelehnt, die Zerstörung der Industrie an ihren Lebensquellen als eine befreiende Tat sich anpreisen zu lassen, aber sie muß auch die Energie haben, durch aktives Handeln diese Zerstörung zu verhindern.

Die neue Spartakusrevolte in Wilhelmshaven.

100 Spartakisten haben in Königsberg unser dortiges trefflich geleitetes Parteiblatt überfallen, dem es die Arbeiterklasse mit verdankt, daß die Sozialdemokratie von den ostpreußischen Mandaten die Hälfte gewann. Sie haben dort wie die Banditen gehaust, geräubert und geprügelt, und der unabhängige Parteisekretär Donalies hat unter dem Schein des Abratens dazu gehetzt. Solche Hundertmannschaft, die willkürlich die große Volksmehrheit zu vergewaltigen sucht, kann von uns nicht anders betrachtet werden als ein gewöhnlicher Verbrecherhaufen.

Nicht viel anders liegen die Dinge in Wilhelmshaven. Die Wahlen haben gezeigt, daß die große Mehrheit der dortigen Bevölkerung von den Kommunisten und selbst von der U. S. P. D. nichts wissen will. Die Unabhängigen verleugnen auch den neuesten Putsch, so daß er wiederum auf einen bloßen Haufen gewalttätiger Elemente zurückfällt. Die Regierung wird derartigen Vergewaltigungsversuchen entschlossen entgegentreten müssen und wird dabei die Zustimmung der ungeheuren Mehrheit der Arbeiter aller verständigen Elemente finden.

In Wilhelmshaven ist die Revolution von den Matrosen durchgeführt worden und hat von dort aus auf ganz Oldenburg, Ostfriesland übergegriffen, obwohl die Arbeiter selbst dort bereits die nötigen Schritte zur Selbstbefreiung getan hatten. Daraus entstand von vornherein eine gewisse Spannung, welche die Revolution gefährdete. Ende November einigten sich deshalb die beiden Parteirichtungen in Wilhelmshaven-Rüstringen; die Unabhängigen traten mit 500 Mitgliedern zu der fast zehnmal so starken Parteiorganisation über. Die erste Parteiversammlung nach der Einigung am 3. Dezember wurde von den Unabhängigen alsbald überrumpelt, indem sie unvermutet die Neuwahl des Vorstandes auf die Tagesordnung brachten und sich einen Vorstand nach eigenem Willen auslasten. Am 28. Dezember stellte darin der Landespartetitag die Kandidaten für die Nationalversammlung auf und setzte an erste Stelle den als bewährten Genossen Paul Hug, an zweite Stelle den unabhängigen Obermatrosen Paul Kuhnt, derzeitigen Präsidenten der Republik Oldenburg-Ostfriesland, früher Parteisekretär in Chemnitz. Eine von 2000 Mitgliedern gesuchte Parteiversammlung hielt am 3. Januar diese Kandidatenliste gut. Die Unabhängigen fügten sich aber dem Mehrheitsbeschluß nicht, sondern stellten eine eigene Kandidatenliste auf mit Kuhnt an erster und Dittmann an zweiter Stelle. Sie belegten nach spartakistischen Methoden das Wilhelmshavener Tageblatt und verwandelten es in ein unabhängiges Parteiorgan unter dem Titel „Die Tat". Ihre Taten bestanden darin, die Führer des Proletariats und die ganze Sozialdemokratie in der gröbsten Weise zu beschimpfen und zu verleugnen. So endete der schöne Traum von der Wiedervereinigung der deutschen Arbeiterklasse in Wilhelmshaven-Rüstringen.

Die Massen hatten natürlich für den trivo heraufbeschworenen Bruderkampf wegen der Kandidatenliste eines Ehrgeizlings keinerlei Verständnis und ließen die unabhängige Kandidatenliste glatt durchfallen. Dieser Mißerfolg kam den Unabhängigen um so überraschender, als in einer großen Parteiversammlung, die sich mit dem Disziplinbruch der Unabhängigen beschäftigte, Kuhnt einen Sensationserfolg erzielt hatte, indem er plötzlich ein Telegramm von Haase vorlas — es war mitten in der Spartakuswoche, daß Oldenburg sofort die Einstellung des Blutvergießens in Berlin verlangen sollte. Die Versammlung hatte in der Uebereilung dem mit großer Mehrheit zugestimmt, den Rücktritt der Regierung gefordert und sich auch sonst auf die Forderungen der Unabhängigen festgelegt. Schon damals hatten unsere Genossen Kuhnt entgegengehalten, er täte viel besser, den Gewalttaten der Unabhängigen und vor allem dem wüsten Treiben der Spartakisten in Wilhelmshaven entgegenzutreten, als sich um Berlin zu kümmern. Jetzt hat Kuhnt noch Berlin telegraphiert, er sei von der gewalttätigen Herrschaftsergreifung durch die Kommunisten, die gewiß nur von sehr kurzer Dauer sein wird, unbeeilgt. Aber die Schuld wäsche alles Wasser der Jode nicht von den Unabhängigen ab, daß sie auch hier das Vorbild der Parteizerreißung und der Gewalttätigkeit gegeben und durch Duldung des spartakistischen Terrors ihn bis zu seinem jetzigen Ausbruch großgezüchtet haben.

Kurze Nachrichten.

Franz Mehring gestorben. In Berlin ist an den Folgen einer Lungenentzündung Dr. Franz Mehring im Alter von 73 Jahren gestorben.

Verschiebung des Parteitages der Unabhängigen. Die Zentralleitung der U. S. P. hat aus verschiedenen Gründen den für 2. Februar einberufenen Parteitag um zwei bis drei Wochen verschoben.

Klara Zetkin geht zu Spartakus. Die Stuttgarter Spartakusleute, 353 an der Zahl, mit Frau Zetkin an der Spitze, haben ihren Austritt aus der Unabhängigen Partei erklärt und sind dem Spartakusbund beigetreten. Der Führer der Unabhängigen bleibt Crispien.

Verordnung betr. Nangabzeichen nur ein Provisorium. Noske erklärte in der Vollversammlung der Berliner Soldatenräte, daß die Verordnung über die Nangabzeichen nur ein Provisorium sei.

In Posen haben Kämpfe mit den Polen stattgefunden. Die angreifenden Polen wurden abgewiesen und zurückgetrieben.

Große Arbeitslosigkeit in Frankreich. Nach Meldungen aus der Schweiz soll in Nord- und Ostfrankreich große Arbeitslosigkeit herrschen. Ueber 700 000 Arbeitslose sollen bereits gezählt sein.

Das Ende der portugiesischen Gegenrevolution. Die monarchische Bewegung ist zu Ende. Die Regierung hat John Nelvos damit beauftragt, ein neues Kabinett zu bilden.

Völkerbund und Neutrale. Skandinavien und die Schweiz haben das dringende Verlangen geäußert, dem Völkerbund sich anschließen zu dürfen.

Lokales und Provinzielles.

Halle, 29. Januar 1919.

Ware und Lohn.

In den Tageszeitungen stößt man jetzt täglich auf Artikel, die sich mit der Höhe der Arbeitslohne und den Lohnforderungen der Arbeiter befassen. Selbst Unterhaltungen gibt dieser Stoff in vielen Fällen eine schiefe Grundlage und wir haben selbst mit anhören müssen, daß einzelne nicht kontrollierbare Lohnforderungen der Ausbund von Unverständnis sein sollten. In allen diesen Redensarten lehrt ständig die Behauptung wieder, daß die Löhne und die gesamten Lohnforderungen viel zu hoch und in gar keinem Verhältnis zur allgemeinen Lage mehr stehen. Abgesehen von unverantwortlichen Forderungen, die aber so selten sein werden wie die Goldstücken im Geldbeutel, wollen wir uns einmal vergegenwärtigen, warum die Arbeiter gezwungen sind, Lohnforderungen zu stellen. Einige Beispiele sollen zeigen, was sich der Arbeiter für seinen Lohn heute gegenüber dem Friedenslohn kaufen kann.

Vergeßt nicht
die Sammellisten zu den
Stadtverordnetenwahlen.

Nimmt man an, der Arbeitslohn habe im Frieden 5 Mark pro Tag betragen und er sei um 100 Prozent gestiegen — beträgt also heute 10 Mk. —, so kommt er mit diesem Lohn gegenüber den Preisen für Bedarfsartikel, ganz abgesehen von Lebensmitteln, nicht sehr weit. Ein Hut kostete früher einen Tagelohn, heute kostet er 3—4 Tagesverdienste, ein Paar Schuhe erhielt er für 2 Tagelöhne, heute erfordert die Anschaffung einen ganzen Wochenlohn; für ein Hemd brauchte er einen halben Tageslohn, für diesen Luxusgegenstand muß er heute 2 Tage arbeiten; für einen guten Anzug gingen früher 1½—2 Wochenlöhne darauf, heute gehört dazu mehr wie ein ganzer Monatslohn für außerdem bedeutend geringere Ware. Diese Beispiele könnten noch auf alle Lebensmittel und sonstigen Bedarfsgegenstände ausgedehnt werden. Kann da von zu hohen Löhnen gesprochen werden? Das Gegenteil trifft zu, die Arbeiter sind mit ihren Löhnen gegenüber den Preisen noch viel zu weit im Rückstand, sie können gar nicht daran denken, sich etwas anzuschaffen, dazu langt der Lohn einfach nicht aus. Man rede und schreibe also nicht von zu hohen Arbeitslöhnen, man frage einmal die Händler und Fabrikanten, besonders im Bekleidungsgewerbe, nach ihrem Verdienst, man frage sie vor allen Dingen auch, wie viel und wie hoch sie ihre vorhandenen Friedenswaren verkauft haben. Das wird das Urteil wesentlich ändern.

* **Im Arbeiterrat** hat am Montag der A.-R. John nach Berichten in der Presse gesagt, Genosse Ad. Thiele sei der „Schieber bei den ganzen skandalösen Vorkommnissen zwischen Artillerie und Arbeitern" gewesen. Gen. Thiele, der infolge Ueberanstrengung bei der Wahl erkrankt ist und seit über acht Tagen seine Wohnung nicht hat verlassen dürfen, ersucht uns um Bekanntgabe folgender Erklärung: Was John mit den „skandalösen Vorkommnissen" meint, weiß ich nicht. Ich habe nur ein einziges Mal mit der Artillerie verhandelt; das geschah Sonntag, den 12. Januar, im Auftrage des Arbeiterrates und in Gegenwart und unter Mitwirkung des Vorstandes vom Soldatenrat.

* **Freie Beförderung mittelloser Webstoffarbeiter.** Webstoffarbeiter und -arbeiterinnen werden unter Umständen auf den deutschen Staatsbahnen unentgeltlich befördert. Es gilt dies, wenn sie mittel- und arbeitslos sind, sowie aus dem sächsischen Staate gebürtig. Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen sind, bei der ersten Reise von einer Station der sechsischen Staatseisenbahnen nach der neuen Arbeitsstelle und von dieser im Falle der Rückkehr in die Heimat. Die Beförderung geschieht in der vierten Klasse, auf Strecken ohne vierte Klasse in der dritten der Personenzüge bis einem Monat nach Friedensschluß.

* **Heraufsetzung der Polizeistunde auf ½11 Uhr.** In ihrer letzten Versammlung haben die Gastwirte Halles eine eingehend begründete Protestentschließung gegen die Festsetzung der Polizeistunde auf ½10 Uhr angenommen. Inzwischen ist aber von den zuständigen Stellen bekannt gemacht worden, die Polizeistunde auf ½11 Uhr heraufzusetzen.

* **Die Einfuhr von frischem Frühgemüse** sowie von Zwiebeln und Obst ist vom 1. April an freigegeben. Bei dem niedrigen Stande unserer Valuta ist indes eine Ueberschwemmung unserer Märkte mit solcher Ware keineswegs zu erwarten, da ne infolge des angegebenen Umstandes im Preise sehr hoch stehen dürfte. Es darf deshalb der heimische Gemüsebau auf keinen Fall eingeschränkt werden, da wir auf ihn unbedingt angewiesen sind, weil andere Lebensmittel in den besonders kritischen Monaten nach wie vor außerordentlich knapp sein werden und ja auch die Ausfuhr aus Holland jeden Augenblick wieder gesperrt werden kann. Es muß daher den Bedarfsstellen wie den Anbauern der Abschluß von Lieferungsverträgen auch für das bevorstehende Erntejahr auf das dringendste empfohlen werden.

* **Kanalarbeiten als Notstandsarbeiten.** Die preußische Regierung hat die Fortführung der Bauarbeiten am Mittellandkanal auf den Strecken Misburg—Hildesheim und Misburg—Peine als Notstandsarbeiten angeordnet. Es wird auch die Inangriffnahme des Elster-Saale-Kanalbaues als Notstandsarbeit gefordert. Dazu bedarf es der noch nicht vorhandenen Uebereinstimmung zwischen der preußischen und sächsischen Regierung, da der Elster-Saale-Kanal mit zwei Drittel seiner Länge auf preußischem, mit ein Drittel auf sächsischem Gebiete liegt. Auf eine Eingabe der Leipziger Handelskammer und der Kanalgesellschaft in Merseburg ist von der sächsischen Regierung noch kein Bescheid erteilt worden. Der Bauplan ist noch weit im Rückstande, so daß der Bau dieses Kanals als Notstandsarbeit leider gegenwärtig noch nicht in Frage kommt.

* **Verbot der Versteigerungen von Militärpferden.** Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, finden Pferdeversteigerungen von überzähligen Militärpferden bis auf weiteres in keinem Falle mehr statt.

* **Die Gastwirte zur Lohnbewegung ihrer Angestellten.** In einer am Dienstag abend abgehaltenen Versammlung beschäftigte sich die hallischen Gastwirte mit den Forderungen der Kellner. Nach lebhafter Aussprache nahmen die Gastwirte den von den Angestellten bereits akzeptierten Uebergangstarif, über den wir bereits berichteten, ebenfalls an, so daß vor der Hand eine Einigung zwischen beiden Teilen zustande gekommen ist.

* **Die Ortsgruppe Halle des Verbandes der deutschen Versicherungsbeamten e. V.** hielt am 17. d. M. in Mars-la-Tour ihre diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Die Geschäftsstelle befindet sich bei dem jetzigen 1. Vorsitzenden Herrn B. Müller, Wittestraße 31. Das Werben des neuen Deutschlands bringt auch für das Versicherungsgewerbe tief eingreifende sozialpolitische und wirtschaftspolitische Probleme. Eine durchgreifende technische Organisation der Versicherungsangestellten auf neutral-gewerkschaftlicher Grundlage muß daher als eine sozial begrüßenswerte Förderung der Entwicklung bezeichnet werden. Der Verband der deutschen Versicherungsbeamten e. V., der bereits die organisierte Mehrheit der Berufsangehörigen vertritt, eingetreten in den letzten vier Wochen allein über 3000 Neubeitritte.

* **Die Lehrerinnen für die Einheitsschule.** Nach eingehenden Beratungen und einer aufschlußreichen Aussprache sprachen sich der Hallische Lehrerinnenverein und die Ortsgruppe Halle des Landesvereins Preuß. Volksschullehrerinnen für die organisch gegliederte nationale Einheitsschule aus.

* **Verträge** des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkstracht. Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr spricht im Auditorium maximum der Universität Herr Prof. Dr. Menzer über Lebenswerte. Es sei ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Vortrag bereits um 8 Uhr beginnt, weil die Polizeistunde auf 10½ Uhr festgesetzt ist.

* **Wem gehören die Sachen?** Am 13. Januar ist auf der Bodentreppe eines Hauses der Schwetschkestraße ein in einem grauen Packpapierbogen verschnürtes Paket aufgefunden worden. Es enthält 1 braune Barchentbluse, 1 rotbraunen Unterrock, 1 Satinschürze mit 1 Taschentuch, 1 weiße und 1 schwarze Mulltaille, 3 weiße Damenhemden, eins gezeichnet „H.", eins M. S., 2 weiße Damenhosen, 3 Taschentücher gez. „H.", 3 weiße Mullkragen, 1 Stück braunes Seidenband. Die Sachen dürften aus einem Diebstahl herrühren. Der Eigentümer oder wer sonst über die Herkunft der Sachen Auskunft zu geben vermag, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 38 oder 37 zu melden. Dort liegen auch die Sachen zur Ansicht aus.

* **Diebe.** In der vergangenen Nacht wurden auf dem Alten Markte zwei Soldaten angehalten, die Rucksäcke und Pakete trugen. Als ihre Festnahme erfolgen sollte, ergriffen sie die Flucht, wobei einer von den Soldaten einen Karton mit einer Zither und einen Damenmantel von sich warf.

* **Erfroren.** Zwischen Weihnachten und Neujahr ist aus dem nach der Kirchnerstraße zu gelegenen Hofe des Postamts 2 ein vierrädriger Handwagen mit der Aufschrift „Fernsprechanstalte" abhanden gekommen. Er ist stark gebaut, etwa 2 Meter lang, 1 Meter breit und 60 Zim. hoch. Das Obergestell ist etwas ausgerundet. Der ganze Wagen ist mit Teer beschmiert. Wer Angaben über den Verbleib des Wagens machen kann wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 36 oder 37, zu melden.

Städtischer Verkauf von Honigkuchen in der Talamtschule am Freitag für die Lebensmittelscheine 34 501—39 500 vorm. von 8 bis 12 Uhr und 39 501—46 600 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person ein Paket zum Preise von 32 Pfennigen.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag auf Abschnitt 9 für eingetragene Kunden bei Molkereibesitzer Arndt, Nicolaistr. 3, Milchhändler Kast, Schillerstr. 17, Milchhändlerin Berger, Volkmannstr. 3a, Milchhändlerin Stein, Spitze 8, und Milchhändlerin Pfeiffer, Volkmannstr. 11. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben.

Bei der Ausgabe von Spirituskarten, die am Montag, den 3. Februar, beginnt, können da nur eine geringe Zahl von Marken zur Verfügung steht, zunächst nur diejenigen Bezugsberechtigten berücksichtigt werden, welche im Monat Januar keine Marken bezogen haben. Ausnahmen können nicht stattfinden. Wegen Verteilung der verbleibenden Spiritusmarken ergeht besondere Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag und Sonnabend bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Kaffee-Ersatz abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, gelangt das Lustspiel „Nur ein Traum" von Lothar Schmidt zur Aufführung. Freitag wird Björnsons Schauspiel „Ueber unsere Kraft" 2. Teil wiederholt. Sonnabend „Lohengrin" von Richard Wagner. Sonntag nachm. 2½ Uhr Kindervorstellung zu ermäßigten Preisen „Tiefland" von d'Albert, abends geht Joh. Strauß' Operette „Die Fledermaus" in Szene. Montag „Die lustigen Weiber von Windsor". Es wird besonders darauf hingewiesen, daß alle Abendvorstellungen im Stadttheater, auch die „Lohengrin"-Vorstellung, um 6½ Uhr beginnen.

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag abend 7½ Uhr das Lustspiel „Renaissance" unter der Spielleitung von Eugen Teuscher zur Aufführung.

Zoologischer Garten. Auf das heute abend 7 Uhr zur Feier des 25jährigen Dienstjubiläums des Obermusikmeisters Karl Steuer stattfindende Extra-Militärkonzert vom Trompeterkorps Mansf. Feldart.-Regt. Nr. 75 sei nochmals empfehlend hingewiesen. (Siehe Anzeige.)

Zum Freibank-Verkauf am 1. Februar werden die Inhaber folgenden Nummern zugelassen:

Um 8 Uhr Nr. 6001—6100
" 9 " " 6101—6200
" 10 " " 6201—6300

Merseburg. Das Volksblatt als Amtsblatt. Die letzte Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich eingehend mit der bei der letzten Demonstration durchgesetzten Forderung, daß hallesche Volksblatt als Amtsblatt für Merseburg zu benutzen. Mehrere Redner sprachen sich dagegen aus, weil es sich um eine ausmärtige Zeitung drehe und es eine unnötige weitere Belastung der Stadtkasse sei. In Anbetracht der den Demonstranten gemachten Zusage, beschlossen die Stadtverordneten aber, das Volksblatt in Halle als städtisches Anzeigenblatt zu benutzen.

Hohenmölsen. Eine Einbrecherbande unschädlich gemacht. Seit Wochen bildete eine Einbrecherbande den Schrecken der ganzen Umgebung. In einer größeren Anzahl von Gehöften wurden Schweine, Kälber, Ziegen, Schafe, Kaninchen, Gänse, Enten und Hühner gestohlen, ohne daß es gelingen wollte, der Täter habhaft zu werden. Aus einem sehr stark befestigten Stalle in Dobergast wurden sechs Ziegen auf einmal entwendet. Dieser Diebstahl sollte der Einbrecherbande zum Verhängnis werden. Die geschlachteten Tiere wanderten nicht nach Leipzig, wo das Diebesgut zuletzt Absatz fand. Als aber die Ziegen vermißt wurden, wurde der eine Täter, der auf der Schützenschwadt Scheibe aus Hohenmölsen, ermittelt und in Haft genommen gemacht. Auch zwei weitere Mitäter wurden noch ermittelt.

Zeitz. Leuchtöl. Auf Nr. 1 und 2 der roten Bezugsscheine für Februar entfallen je ¼ Liter Petroleum oder je ½ Kg. Karbid.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190130-18/fragment/page=0003

Bezirkskonferenz der A.- und S.-Räte des Regierungsbezirks Merseburg.

für Beibehaltung der A.- und S.-Räte. — Die „Demokratie" der Qualität. — Die Sozialisierung der Bergwerke.

Erster Tag.

Im Auftrage des Bezirks-A.- und S.-Rates begrüßte und eröffnete Gen. Koenen die Konferenz. Die Teilnehmer erheben sich zu Ehren der während der Revolutionskämpfe gefallenen Genossen. Gen. Koenen ermahnt die Versammelten, im Geist der Gefallenen weiterzuarbeiten und die Revolution zum siegreichen Ende zu führen. Darauf nannte er die eingeladenen Vertreter der auswärtigen Bezirke und gab die Tagesordnung bekannt. Ueber die Zukunftsaufgaben der A.- und S.-Räte referierte Gen. Düwell-Zeitz. Er hob hervor, daß uns von der Nationalversammlung eine große Gefahr drohe, mit Hilfe ihrer bürgerlichen Mehrheit wird sie versuchen, den Proletariern das von der Revolution erworbene Gut wieder abzunehmen. Mit aller Kraft müssen sich die Arbeiter und Soldaten, die Träger der Revolution dagegen wehren, daß die Nationalversammlung, ähnlich derjenigen von 1848 in Frankfurt, die ganze große Sache wieder vermöchte. Vor allen Dingen richtete er heftige Angriffe gegen die Regierung und nannte Noske den Caligula von Berlin. Alle jetzt hervichenden strittigen Fragen, die alle Tage durch den Blätterwald rauschen, führte er auf den Plan und betonte, daß kein freier sozialistischer Hauch durch Deutschland wehe, sondern der Geist der juristischen Kniffelogie. Unter allen Umständen müsse die revolutionäre Einrichtung der A.- u. S.-Räte bestehen bleiben, trotz der Nationalversammlung. Auch wenn der Reichstag zu Stande käme, könnte der A.- u. S.-Rat seinen Platz nicht eher verlassen, bis die Erfolge der Revolution voll und ganz gesichert seien. Es brauche sich nicht immer die Minderheit der Mehrheit zu fügen (??). Demokratie kann auch das Recht der Qualität sein! (Echt konservativ!) Von den A.- u. S.-Räten müßten politische Streiks zur Erzwingung der Sozialisierung verhängt werden. Man dürfe nicht davor zurückschrecken, gegen die eigenen Führer vorzugehen, wenn sie sich dem Willen der Masse entgegenstemmen. Es ermahnte alle A.- und S.-Räte, nicht fahnenflüchtig zu werden an der Sache der Revolution.

In der Diskussion brachten mehrere Vertreter die Schwierigkeiten an den Tag, mit denen sie vor allen Dingen auf dem platten Lande zu kämpfen hätten. Es wird eine Entschließung des Delegiertentages des Soldatenrates des 4. A.-K. verlesen, welche die Anerkennung der Regierungsverordnung über Kommandogewalt verweigert und die Soldaten zum Widerstand auffordert. Darauf wurde eine achtgliedrige Kommission gewählt, die den Arbeiterräten vor allem auf dem platten Lande Richtlinien geben soll. — Schönlank-Halle ersucht die Konferenz, den Beschluß zu fassen, daß die A.- u. S.-Räte nicht nur das Kontrollrecht, sondern auch das Ausübungsrecht erhalten. Er sprach gegen den Parlamentarismus und forderte die rücksichtslose Diktatur des Proletariats. Als Vertreter des Reichskommissars für Sozialisierung des Mitteldeutschen Braunkohlengebietes wurde nach einigem Hin- und Herreden Steiger Peters gewählt. Man zweifelte nämlich an seiner „echten" unabhängig-sozialistischen Gesinnung. — Die anwesenden Soldatenvertreter wurden aufgefordert, nach Schluß der Sitzung mit dem Exekutivausschuß des 4. A.-K. zusammenzutreten, um Richtlinien gegen den Erlaß betr. der Kommandogewalt auszuarbeiten.

Im Schlußwort nannte Düwell die Gewerkschaften die Schrittmacher der Reaktion, von denen nichts zu erwarten sei. Auf eine Anfrage, wer eventuell politische Streiks finanzieren solle, meinte er, daß die Arbeiter sich schon selbst versorgen müßten. Von den A.- u. S.-Räten könnten die Arbeiter in dieser Beziehung nichts erwarten, weil dieselben finanziell gar nicht dazu in der Lage wären. Entgegen dem Genossen Schönlank könne er die Diktatur des Proletariats nicht gutheißen, da dieselbe ein zweischneidiges Schwert sei. Man müsse aber jederzeit Mittel und Wege finden, das Parlament ev. auseinanderzujagen. Wo bleibt die Qualität? lautet da ein Zwischenruf, der durch den Saal schwirrte. Man müsse sich eben die Führer vorher angucken, antwortete Düwell. Er forderte die A.- u. S.-Räte nochmals auf, vor keinen Konsequenzen zurückzuschrecken und die gefaßten Beschlüsse mit aller Energie durchzuführen.

Im 2. Punkt der Tagesordnung führte Gen. Koenen die Gedanken der Sozialisierung in einer glänzenden und äußerst objektiven Weise aus. Er streifte die geschichtliche und ethische Notwendigkeit und zeigte die Fortentwicklung derselben bis zu der Krönung des ganzen Werkes, dem sozialistischen Staat. Wir können ruhig auf diesem Wege mitschreiten, an den Stellen mit anfassen, die er zum ersten praktischen Anfang herausgemeißelt hatte. Er führte außer den Kohlen vor allem an Elektrizität, Versicherungswesen, Hypothekenbanken und unsere neueste Errungenschaft, die verkältnismäßig gut dastehende Stickstoffindustrie. Auf landwirtschaftlichem Gebiete müssen vor allem in betreff der Arbeiten und kleineren Wirtschaften Schwierigkeiten überwunden werden. Durch unermüdliche Aufklärung und Beispiele müsse man die Leute schließlich soweit bringen lassen, daß man zwecks Erleichterung des Loses der Betreffenden selbst und im Interesse möglichst hoher Produktion alles genossenschaftlich organisieren müsse. Größere Schwierigkeiten sind aber noch Produktionsregelung und Verkehr mit dem Auslande. Die Produktionsregelung kann nur organisch und planmäßig nach und nach vor sich gehen und nur im sozialistischen Zukunftstaate könne sie lückenlos ausgebaut sein. Wir müssen uns aus der anarchisch-kapitalistischen Profitwirtschaft zur sozialistischen planmäßigen Bedarfswirtschaft, welches der höhere Sinn des Sozialismus ist, entwickeln. Nur so ist die so erannte Ueberproduktion zu überwinden. Er fordert auf, hierzu die Arbeit sofort in Angriff zu nehmen, aber nicht auf dem Wege des Müller-Sozialismus.

Auf Antrag soll dieser Vortrag broschiert und allen Arbeiterräten zugestellt werden. — Genosse Oerter-Braunschweig kritisiert das Treiben der bürgerlichen Presse, die Braunschweig das sozialistische Tollhaus nennen, und lobt die Vorzüglichkeit seines „Ländchens". — Da der Gen. Däumig-Berlin verhindert ist, übernimmt Gen. Koenen dessen Referat über Bildung von Betriebsräten. Er greift auf die Ausführungen des Gen. Oerter zurück und nimmt die Wahlen und Einrichtungen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet zum Vorbild. Koenen verweist auf viele Beispiele bei Gruben des Mitteldeutschen Bezirks, wo nach Einführung von Betriebsräten die Produktion in die Höhe schnellte. Er erklärte auch, daß laut vor aller Oeffentlichkeit gesagt werden müsse, daß nicht die Streiks der Bergarbeiter hier im hallischen Bezirk an der Kohlennotschuld seien, sondern das Fehlen von Lokomotiven, zum Transport der auf den Bahnhöfen zu Tausenden stehenden vollbeladenen Kohlenwaggons. Also einzig und allein der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen habe das Wirtschaftsleben geschlagen. Ein großer Fehler der Regierung sei es, keine Betriebsräte für die staatlichen Betriebe geschaffen zu haben. Die Beamten habe sie beim Wählen in 5 Gruppen geteilt. Das ist der alte Kastengeist, den wir unter allen Umständen abschaffen wollen. Jetzt müsse der erste Schritt zur Sozialisierung zur Beerdigung der Revolut on energisch durchgeführt werden mit allen proletarischen Massen. — Morgen Fortsetzung der Konferenz.

Delitzsch. Verkauf der Restbestände von Marmelade. Von Freitag, den 31. Januar ab können die Restbestände von Marmelade, das Pfund zu 1 Mk., freihändig, in beliebigen Mengen, an jedermann abgegeben werden. Diejenigen Haushaltungen, die auf die Abschnitte Nr. 12 und 13 ihre Marmelade noch nicht geholt haben, werden ersucht, dies nun sofort zu tun. Es soll ihnen dazu noch bis einschließlich Donnerstag, den 30. Januar Gelegenheit gelassen werden. Verkaufsstellen, die mit ihren Vorräten (Fässer, Kisten) geräumt haben und noch Bedarf haben, können sich, je nach ihrer Größen-Gruppe-Zugehörigkeit, noch 15, 30, 45 oder 60 Pfund bei Firma Franz Naumann, gegen Barzahlung aus der 5-Faß-Reserve abholen lassen.

Roßlau. Wegen Kohlenmangels hat das hiesige Gaspeak seit Mittwoch den Betrieb ganz einstellen müssen. Viele kleinere Industrie- und Handwerksbetriebe sind dadurch völlig lahmgelegt. Auch die Haushalte sind arg in Mitleidenschaft gezogen.

Wittenberg. Tödlicher Unglücksfall. Der in einer Kohlenhandlung beschäftigte Arbeiter Brachwitz fuhr mit einem Gespann nach dem Bahnhof. In der Topferstraße glitt er infolge des sich an den Stiefelsohlen angesetzten Schnees von dem Wagen ab und fiel unmittelbar hinter die Pferde, wobei eines derselben etwas renntrübt wurde und B. auf den Kopf trat. Hierbei erlitt B. einen Schädelbruch, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Magdeburg. Die Soldatenräte des 4. A.-K. gegen die neue Kangabzeichen-Verordnung. Am Dienstag fand im hiesigen Rathause eine Tagung der Soldatenräte des 4. A.-K. statt. Hierbei beschloß die Versammlung, an die Soldatenräte des 4. Armeekorps folgende Drahtung zu richten: „Die Versammelten haben die Ungeheuerlichkeit der Armeeverordnungsblattes Nr. 8 und 9 beschlossen. Die Garnisonkommandos haben diesen Beschluß durch Befehl allen Truppenteilen des Standortes und der angegliederten Garnisonen bekanntzugeben. Im Falle der Weigerung oder des Versuches, diese Verfügung des Armeeverordnungsblattes dennoch einzuführen, sind die hieran beteiligten Offiziere zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluß ist mit allen Mitteln seitens der Soldaten unter Führung der Soldatenräte durchzuführen. Bis zur gesetzlichen Festlegung der Stellung der Soldatenräte durch einen neu einzuberufenen Reichskongreß der Soldatenräte im Bereiche des 4 A.-K. hat der Korps-Soldatenrat die ausführende Kommandogewalt in Händen. Offiziere und Beamte die sich widersetzen, sind zu entlassen." — Weiter wurde beschlossen, bis 31. Januar einen Reichskongreß einzuberufen, der beschließen soll, die Regierung aufzufordern: zum Kriegsministerium aus jedem Korps zwei Vertreter abzuordnen, die alle Verfügungen mit zu bearbeiten und gegenzuzeichnen haben.

Falkenberg. Unfall aus Unvorsichtigkeit. In der Nacht zum Sonntag wurde hier ein Soldat der Bahnhofswache — von der 3. Kompagnie der M.-G.-A. 21. A.-K. — durch einen Gewehrschuß schwer verletzt. An dem Unfall ist Unvorsichtigkeit schuld.

Tennewitz. Erfroren aufgefunden wurde am Sonntag ein russischer Kriegsgefangener in einer hiesigen Feldscheune, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten.

Aus dem Reiche.

Leipzig. Von der Frühjahrsmesse. In der letzten Aufsichtsratssitzung des Messeamtes für die Mustermessen in Leipzig, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters von Leipzig, Dr. Rothe, stattfand, wurde beschlossen, die diesjährige Frühjahrsmesse vom 27. April bis 3. Mai abzuhalten. Die Verschiebung der Messe um einige Wochen hat sich infolge der bestehenden Verkehrsschwierigkeiten als münschenswert erwiesen. Es sind bis zum heutigen Tage zur Frühjahrsmesse eine endgültige Ausstellerzahl von 5476 und die letzte Frühjahrsmesse eine endgültige Ausstellerzahl von 4900 Ausstellerfirmen angemeldet, während die letzte Herbstmesse eine endgültige Ausstellerzahl von 5476 und die letzte Frühjahrsmesse eine endgültige Ausstellerzahl von 4900 aufwies. Da auch die Einkäufer lebhaftes Interesse für die Frühjahrsmesse bezigen, ist mit einer sehr regen Beteiligung zu rechnen, und es tauchten infolgedessen ernste Zweifel auf, ob die Eisenbahnen, deren Betriebsleistungen durch Lokomotiven- und Wagenmangel, sowie durch die Kohlennot beeinträchtigt sind und die noch immer stark von der Demobilmachung belastet werden, in der Lage wären den Andrang zur Messe zu bewältigen. Zu dem war der Aufsichtsrat der Meinung, daß die politische und wirtschaftliche Lage im Monat April besser zu übersehen sein würde, als zu Beginn des Monats März.

Gera. Notstandsarbeit. Der Regierungsrat von Gera will als dringende Notstandsarbeit den Bau der Brahmentalstraße sofort beginnen. Die hiesige Baugewerkengemeinschaft hat die Arbeiten übernommen, die etwa 300 000 Mark erfordern. Der Bau beginnt an mehreren Stellen, damit möglichst viel Arbeiter eingestellt werden können.

Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer.

Bereits während des Krieges ist die Frage der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer in ihre alten Betriebe lebhaft erörtert worden. Man hat damals die verschiedensten Wege zu diesem Ziel vorgeschlagen. Durch Verordnung vom 4. Januar 1919 ist nunmehr auch dieser Gegenstand entschieden worden.

Danach hat jeder gewerbliche Unternehmer, der — wenn auch nur zu gewissen Jahreszeiten — mehr als 20 Arbeiter beschäftigt, prinzipiell alle Kriegsteilnehmer einzustellen, welche bei Ausbruch des Krieges in seinem Betriebe als gewerbliche Arbeiter beschäftigt waren oder damals ihrer gesetzlichen Dienstpflicht genügten und vorher bei ihm in Stellung waren, schließlich auch diejenigen, die bei Kriegsausbruch noch schulpflichtig waren, dann bei ihm eintraten und vor dieser Stellung aus eingezogen wurden. Seine übrigen Arbeiter hat der Unternehmer weiter zu beschäftigen.

Die gleiche Vorschrift gilt für alle Staats- und Gemeindebetriebe, die, falls mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben, als gewerbliche Betriebe anzusehen wären.

Mit Rücksicht darauf, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage die absolute Durchführung obiger Grundsätze vielen Unternehmern nicht zugemutet werden kann, ist solchen Unternehmern gestattet, ihre Arbeiterzahl entsprechend einzuschränken, indem sie Arbeiter entlassen. Doch soll bei der Berücksichtigung der Betriebsverhältnisse der 8-Stundentag und als unterste Grenze eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden eingehalten werden.

Ueber die zur Entlassung kommenden Arbeiter hat sich der Unternehmer mit dem Arbeiterausschuß zu verständigen. Die Verordnung stellt gewisse Leitsätze über die Auswahl der zu entlassenden Arbeiter auf. Zu berücksichtigen sind danach Lebens- und Dienstalter der Arbeiter, Familienstand, Unterhaltspflicht, frühere anderweitige Berufstätigkeit, Herkunft von einem anderen Ort, Kriegshinterbliebene sind besonders zu berücksichtigen. Ueber solche Kriegsbeschädigte ist bereits eine besondere Verordnung ergangen.

Als Kündigungsfrist für Entlassungen von Arbeitern ist eine Mindestfrist von 14 Tagen vorgeschrieben. Besondere finanzielle Erleichterungen sind für Arbeiter vorgesehen, die in ihre Heimat zurückkehren (freie Fahrt, Abfindungslohn). Unberührt von dieser vorgeschriebenen Kündigungsfrist sind die gesetzlichen Gründe für eine vorzeitige Lösung des Vertrages, doch ist Kohlen- und Rohstoffmangel ausdrücklich als „wichtiger Grund" zur Kündigung im Sinne des Gesetzes ausgeschlossen. In Anlehnung an die Verordnung vom 23. 12. 1918 über „Tarifverträge usw." ist auch dem Demobilmachungskommissar die Befugnis beigelegt, einen Tarifvertrag, der in seinem Bezirk überwiegende Geltung erlangt hat, für allgemein verbindlich zu erklären. Das Gleiche kann zwecks Beschleunigung das Reichsarbeitsamt selbst befinden. Den Schlichtungsausschüssen der erwähnten Verordnung vom 23. 12. 1918 ist auch die Zuständigkeit zur Entscheidung darüber beigelegt, ob der Unternehmer Kriegsteilnehmer und bisherige Arbeiter zu beschäftigen hat, und zwar kann neben dem unmittelbar beteiligten Personen auch der Demobilmachungskommissar die Ausschüsse zur Entscheidung hierüber anrufen. In gleicher Weise soll der Schlichtungsausschuß bei der Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitwirken. Bei dem Schiedsverfahren ist dem Demobilmachungskommissar eine besondere Funktion beigelegt, er ist befugt, einen Schiedsspruch, dem die Parteien sich nicht unterwerfen, für verbindlich zu erklären und hierbei selbst die einzelnen Personen und die weiter zu beschäftigenden Arbeiter zu bestimmen.

Alsdann gelten zwischen Unternehmer und Arbeiter Arbeitsverträge als abgeschlossen, die den Inhalt des Schiedsspruchs und, soweit dieser eine Regelung nicht vorsieht, den Arbeitsverträgen gleichartiger Arbeiter des Betriebes entsprechen.

Letzte Nachrichten.

Deutschösterreicher bei der Nationalversammlung.

Die Reichsregierung hat Vorkehrungen getroffen, daß auch für die zu erwartenden österreichischen Abgeordneten Wohnung und Verpflegung in Weimar sichergestellt wird. Im Nationaltheater sind 35 Sitze für die österreichischen Delegierten reserviert.

Für die Tagung der deutschen Nationalversammlung sind bis jetzt 32 ausländische Korrespondenten angemeldet, darunter 5 Amerikaner. Die Reichsregierung rechnet mit einer viermonatigen Dauer der Sitzungen. Die Nationalversammlung wird nicht nur die Verfassung des Reiches, sondern auch eine Anzahl von Gesetzen über Sozialisierung und Reichssteuern zu verabschieden haben.

Von den Spartakuskämpfen in Wilhelmshaven.

Aus Bremen wird berichtet: Die ersten Flüchtlinge aus Wilhelmshaven sind auf oldenburgischem Gebiet eingetroffen. Nach ihren Berichten hat es bei den Spartakuskämpfen in Wilhelmshaven mehr als 30 Tote gegeben. In das Untersuchungsgefängnis wurden an 20 Spartakisten führer eingeliefert, darunter 11 Russen. Die öffentlichen Gebäude in Wilhelmshaven sind jetzt von Regierungstruppen mit Artillerie besetzt.

Stadt-Theater
Freitag, den 31. Jan. 1919. Anf. 6½, Ende 9¼ Uhr:
Ueber unsere Kraft. II.
Schauspiel von Björnson
Sonnabend: Lohengrin.

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 2. Februar 1919, abends 7½ Uhr:
Renaissance
Lustspiel von Schönthan Koppel-Elkeld.

Sozialistenmarsch. Marseillaise, Internationale u. a.
für Orchester, Klavier u. Chor
J. Günther Verlag Dresden 19. (1044

Zoo.
Heute Donnerstag, abends 7 Uhr:
Grosses Extra-Militär-Konzert
(Streichmusik)
ausgeführt vom aktiven Trompeterkorps d. Manefeld Feldart.-Reg. Nr. 75 zur Feier des 25jähr. Dienstjubiläums des Kapellmeisters Karl Steiner.

Fast ungebrauchte Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußbaum-Schränke, Betten, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
R. Sachse, Hohenmölsen, Lützner Str. 7.

Veterinäre,
welche bereit sind, sich für den
Grenzschutz Ost
zur Verfügung zu stellen, wollen sich baldigst melden beim
Generalveterinär Krose,
Korpsveterinär des IV. A.-K. Magdeburg
Generalkommando IV. A.-K. Fürst Leopoldstraße, Viktoriaschule Zimmer 42. A259/4

Ich bin bei den hiesigen Gerichten
als Rechtsanwalt
zugelassen worden
und übe meine Praxis gemeinschaftlich mit meinem Bruder, dem
Rechtsanwalt Dr. jur. Walter Schreiber
hier aus.
Unser Büro befindet sich Friedrichstr. 70. p., gegenüber dem Stadttheater (Telephonnummer 6852)
Rudolf Schreiber,
Rechtsanwalt.

In freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchdlg. E. Ilgstirme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.
Geschäfts. Gesellschaften, sind ges. zu verkaufen
Weißenfels (S.), Marienstr. 5

Stellen finden
Tüchtiger
Beschlagschmied
gesucht. Zu melden Freiimfelderstraße 30.

Zeitungsträgerinnen
gesucht.
Verlag der „Volksstimme"
Große Ulrichstraße 27.

Wohnung gesucht
auch außerhalb der Stadt. Angebote unter P. 100 an die Expedition dieser Zeitung

Bekanntmachung.
Diejenigen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die in der Zeit vom 5. 1.—9. 1. 1919 von der Werbestelle Magdeburg, straße Nr. 67 für das 10. Armee angeworben sind, melden sich Montag, den 3. Februar 1919, mittags 11 Uhr, in ihren Entlassungsanzügen in der Wallenschen Fabrik in Halle a. S. Trotha, Schlachthofstraße, zum Dienstantritt
Garnison-Kommando Halle a. S.

Einschränkung des Frachtgüterverkehrs.
Frachtgutsperre vom 30. Januar bis einschl. 1. Februar. Dringende Ladegelegenheit als Eilgut aufgeben.
Halle a. S., den 29. Januar 1919.
Eisenbahn-Verkehrsamt.